



**DR. MATHIAS MIDDELBERG, MdB**

Innenpolitischer Sprecher  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen

**CDU**

| Berlin: mittendrin |

30. Oktober 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

die **Wahlergebnisse in Bayern und Hessen** sind **mehr als ein Weckruf**. Sie müssen **Anlass für grundlegende Konsequenzen** sein. Das betrifft die politische Arbeit in Berlin, aber auch die personelle Aufstellung der Union insgesamt. **Die personelle Aufstellung der CDU bestimmen wir auf unserem Bundesparteitag Anfang Dezember in Hamburg. Die Konsequenzen für unsere politische Arbeit in Berlin müssen wir sofort ziehen.** Die Große Koalition muss jetzt endlich solide und an der Sache orientiert arbeiten. Der wiederholte unnötige Streit hat uns massiv geschadet. Sachlich stehen schon in den nächsten Wochen konkrete Vorhaben an:

- **Die frühkindliche Bildung in den Kitas wollen wir weiter stärken.** Schon in den letzten 10 Jahren hat der Bund rund 11 Mrd. Euro in Kitas und deren Betrieb investiert, bis 2022 nehmen wir weitere 5,5 Mrd. Euro dafür in die Hand.
- Bis Weihnachten wollen wir die **Pflege und die Lage der Rentner verbessern.**
- Durch Änderungen im Mietrecht und steuerliche Anreize für den Neubau von Mietwohnungen wollen wir **weitere Schritte für mehr bezahlbaren Wohnraum unternehmen.**
- Um Fachkräfte aus dem Ausland gezielt anwerben zu können, arbeiten wir an einem **Fachkräftezuwanderungsgesetz**. Die Zuwanderung von wirklich qualifizierten Arbeitskräften muss künftig unbürokratischer und schneller klappen. Asylbewerbern, die zwar abgelehnt, aber geduldet werden, wollen wir eine Chance geben, wenn sie deutsch sprechen und hier eine Ausbildung absolvieren oder qualifizierte Arbeit leisten. Zuwanderung in unser Sozialsystem darf es aber nicht geben.

Für vier Tage reiste die **Landesgruppe Niedersachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion** nach Israel. Einer der zugleich bedrückenden wie beeindruckenden Höhepunkte: der **Besuch und die feierliche Kranzniederlegung in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem.**



 **Presse**

**DIE WELT**  
vom 23.10.2018

## CDU will Gesetz für Einwanderung nachschärfen

Auf Druck der SPD wird Bleiberecht für abgelehnte Asylbewerber mit Job ausgeweitet. Klare Kriterien sollen Status Geduldeter definieren

Die CDU will die Vergabe von Aufenthaltstiteln an abgelehnte Asylbewerber ohne Arbeitsplatz und Sprachkenntnisse einschränken. „Heute sollen die Ausländerbehörden abgelehnten Asylbewerbern schon nach 18 Monaten im Duldungsstatus eine Aufenthaltserlaubnis erteilen, wenn sie das Ausreisehindernis nicht selbst verschuldet haben“, sagte Mathias Middelberg, innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, WELT. „Der Geduldete muss dafür weder zwingend arbeiten noch über Sprachkenntnisse verfügen. Mit dem neuen Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz wollen wir diesen zehntausendfach genutzten Tatbestand beseitigen.“ Dem müsse aber noch die SPD zustimmen.

VON MARCEL LEUBECHER

Konkret geht es der CDU/CSU-Bundestagsfraktion um eine Änderung im Aufenthaltsgesetz. Dort steht in Paragraph 25: „Die Aufenthaltserlaubnis soll erteilt werden, wenn die Abschiebung seit 18 Monaten ausgesetzt ist“, und „wenn der Ausländer unverschuldet an der Ausreise gehindert ist“. Ein Verschulden des Ausländers liegt etwa bei nachgewiesener Täuschung über Identität und Herkunft vor.

Weil in Deutschland keine zentrale Stelle über die Legalisierung von Ausreisepflichtigen entscheidet, sondern die rund 600 lokalen Ausländerbehörden, wird der Paragraph höchst unterschiedlich umgesetzt: Während zur Jahresmitte laut Angaben des Bundesinnenministeriums in Bayern nur 2585 Personen mit einer solchen Aufenthaltserlaubnis lebten, waren es im wesentlich bevölkerungsärmeren Berlin mehr als doppelt so viele, nämlich 5641 Personen. Auch die Stadtstaaten Bremen (2743) und Hamburg (3357) sowie Nordrhein-Westfalen (18.535) gehen sehr freigiebig mit dieser Möglichkeit um, den Verbleib von Ausreisepflichtigen zu legalisieren – ihnen also einen dauerhaften Aufenthalt zu erlauben und

## Wie Anne Franks beste Freundin überlebte



**Anne Franks** trauriges Schicksal kennen wir alle. Als 13-jährige musste sie sich – wegen ihres jüdischen Glaubens verfolgt von den Nazis – in einem Hinterhaus in Amsterdam verstecken. Nur wenige Monate vor der Befreiung der Niederlande jedoch wurden die Franks verraten. Die ganze Familie wurde verhaftet und in die Ermordungslager der Nazis deportiert. Nur ihr Vater überlebte.

In der Schule war Anne viel mit ihrer besten Freundin **Jacqueline van Maarsen** zusammen. Anne nannte sie „Jackie“. In Ihrem berühmten Tagebuch ist Jackie mehrfach erwähnt. Jackie war auch Jüdin. Sie konnte den Nazis allerdings entkommen. Mitverantwortlich dafür: der Osnabrücker **Hans Calmeyer**. Calmeyer arbeitete in der deutschen Besatzungsbehörde in Den Haag. Er sollte Fälle entscheiden, in denen Zweifel bestanden, ob jemand Jude war. Jacquelines Eltern schrieben an Calmeyer und legten „Beweise“ vor, dass Jackie doch nicht Jüdin sei. Calmeyer erkannte diese „Beweise“ als echt an.

Jacqueline van Maarsen kommt jetzt aus Amsterdam nach Osnabrück. Im Medienzentrum der Neuen Osnabrücker Zeitung wird sie über Ihre Freundschaft mit Anne Frank und über die Verfolgung durch die Nazis berichten. Der Osnabrücker Bundestagsabgeordnete **Mathias Middelberg**, der auf diese Geschichte gestoßen ist, wird über Hans Calmeyer und den „Fall“ Jackie van Maarsen referieren. Danach können Sie mitdiskutieren am:

**Donnerstag, 4. Oktober 2018, 18.30 Uhr, Einlass 18.00 Uhr im NOZ Medienzentrum, Breiter Gang 10-16, Osnabrück**

Sie sind herzlich eingeladen, an diesem Abend dabei zu sein!

### Hinweis zur Anmeldung:

Die Veranstaltung ist kostenlos. Da die Anzahl der Plätze begrenzt ist, bitten wir vorab um Anmeldung unter: <https://nozzeitreise.eventbrite.de>. Bei Fragen zur Anmeldung oder zur Veranstaltung wenden Sie sich bitte an **Lena Peltzer, NOZ Eventmarketing**, unter **0541-310 290** oder an das Wahlkreisbüro.

u  
Lena Peltzer

sie nicht mehr nur zu dulden.

Bei einer Duldung bleibt der Ausländer weiterhin ausreisepflichtig und ist aufgefordert, das Land zu verlassen – der Staat sieht nur vorläufig davon ab, die Ausreise durch Abschiebung zu erzwingen. Mit einer Aufenthaltserlaubnis akzeptiert der Staat offiziell, dass ein eingereister Ausländer zum dauerhaften Mitglied der Gesellschaft wird. Insgesamt lebten zur Jahresmitte 52.311 Ausländer mit einem solchen Aufenthaltstitel im Land. Darin sind übrigens nicht jene ehemals Ausreisepflichtigen enthalten, die vor Jahren einen solchen Titel erhielten, aber inzwischen schon eine Niederlassungserlaubnis haben oder eingebürgert wurden.

In den von Union und SPD vereinbarten Eckpunkten für ein Fachkräfte-Einwanderungsgesetz war vor mehreren Wochen vor allem eine Ausweitung der legalen Arbeitszuwanderung für Nicht-EU-Bürger beschlossen worden. Doch auf Drängen der SPD und einiger CDU-Politiker wurde auch das Bleiberecht für abgelehnte Asylbewerber mit Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erweitert. In dem Eckpunktepapier heißt es: „Wir werden im Aufenthaltsrecht klare Kriterien für einen verlässlichen Status Guldeter definieren, die durch ihre Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt sichern und gut integriert sind.“ Vor diesem Hintergrund betrachtet Middelberg den Paragraphen 25, Absatz 5, als „Fremdkörper im System, den wir beseitigen müssen, weil er Ausreisepflichtigen, auch ohne dass sie irgendeine Integrationsleistung erbracht haben, ein Bleiberecht verschafft“.

(...)

## Bürgergespräch

Das nächste Bürgergespräch findet am **Montag, 17. Dezember 2018** von **14:00 bis 16:00 Uhr**, im Wahlkreisbüro Heger-Tor-Wall 23, Osnabrück statt. Um Anmeldung wird gebeten.

## Reden im Bundestag



Rede zum Agieren der Bundesregierung in Sachen Chemnitz und in der Causa Maaßen - abrufbar unter: <https://dbtg.tv/fvid/7276359>

## Kontakt

### Büro in Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel: 030 227 – 71382  
Fax: 030 227 – 76882  
[mathias.middelberg@bundestag.de](mailto:mathias.middelberg@bundestag.de)

### Büro im Wahlkreis

Heger-Tor-Wall 23, 49078 Osnabrück  
Tel.: 0541 57067  
Fax: 0541 957999  
[mathias.middelberg.wk@bundestag.de](mailto:mathias.middelberg.wk@bundestag.de)  
[www.mathias-middelberg.de](http://www.mathias-middelberg.de)

 [facebook.com/mathias.middelberg](https://facebook.com/mathias.middelberg)